

Berliner Tageblatt



Nr. 555

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die englisch-französische „Entspannung“.

Befriedigung in Paris.

Die Aufgaben der beiden Sachverständigenkomitees. — Brabbury über die „Umgehung der Hindernisse“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 1. Dezember.

In allen Pariser Zeitungen wird die „Wiedergeburt der Entente cordiale“ begrüßt sowie die „veröhnliche Haltung der französischen Regierung“, die nach offizieller Auffassung diesen Erfolg ermöglicht hat. Zum erstenmal seit den Tagen der Ruhrbesetzung schreiben einige Blätter, seien die Delegierten der Reparationskommission einzig gewesen, und der geschätzte Sachverständige Sir John Brabbury habe sich plötzlich in Wärme für die französischen Pläne verwandelt. In Wahrheit ist gestern bei der Beratung der Reparationskommission nichts anderes herausgekommen als ein Kompromiß, bei dem weder England noch Frankreich etwas gewonnen haben und alle Schwierigkeiten vertagt worden sind, ohne auch nur eine zu lösen. Einzig waren die Delegierten der Reparationskommission nur in dem Wunsch, einen Bruch der Entente zu vermeiden; in allen wesentlichen Fragen des Reparationsproblems bleibt die Uneinigkeit bestehen. Frankreich hat es erreicht, daß die drohende Hofierung wieder einmal hinausgeschoben worden ist, und dieses Resultat ist allerdings ein Erfolg Poincarés. Es ist falsch, wenn das „Petit Journal“ schreibt: „Die Reparationskommission hat ohne Änderung und Vorbehalte den französischen Plan angenommen, ein Sachverständigenkomitee zur Abklärung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu wählen.“ Dieser Eindruck bestand allerdings in den ersten Stunden, wurde aber durch den sehr spät ausgegebenen amtlichen Bericht wesentlich verändert. Der französische Vorschlag war, ein Sachverständigenkomitee durch die Reparationskommission ernennen zu lassen und diesem Ausschuss die Aufgabe anzuvertrauen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu untersuchen. Die englische Auffassung hielt ein Sachverständigenkomitee mit beschränkter Vollmacht für nutzlos und wünschte eine Prüfung ohne Beeinflussung durch die französische Politik. Die beiden Gegenstände, die unüberbittlich sind, sind dadurch ausgeglichen worden, daß der wichtigste Teil der Aufgabe einfach gestrichen wurde: der Sachverständigen-Ausschuss soll nicht die Zahlungsfähigkeit Deutschlands untersuchen, sondern nur die Mittel, durch welche das Budget in Ordnung gebracht und die Währung stabilisiert werden kann. Ein zweites Sachverständigen-Ausschuss erhält den Auftrag, „das im Ausland untergebrachte deutsche Kapital abzusuchen und nach Deutschland zurückzuführen“.

Die gestrige Entscheidung der Reparationskommission hat den Zweck, den Regierungen Frankreichs und Englands die Zeit zu neuen Annäherungsversuchen zu geben. Der Erfolg dieses letzten Versuches hängt von dem Ausgang der englischen Wahlen ab. Ob überhaupt ein Erfolg zu erwarten ist, wird sich zeigen, wenn die Angaben der Sachverständigenkommission bekannt geworden sind. Die Wahlen sollen in der nächsten Woche erfolgen, und schon nach der eben erfolgten Einigung kündigen sich neue Meinungsverschiedenheiten an. England und Belgien wollen als Sachverständige Leute ersten Ranges haben. Frankreich scheint es vorzuziehen, daß keine Persönlichkeit gewählt wird, die allzu imponierend wirkt. „Die Wahl solcher hervorragenden Persönlichkeit würde die Schwierigkeiten verstärken, die man gestern durch einen kurzen Waffenstillstand zu beseitigen versuchte.“ (1) schreibt Perinax im „Echo de Paris“. Wie die französische Regierung die gestrige Entscheidung auffaßt, hat „eine hohe Persönlichkeit“ einem Mitarbeiter des „Matin“ gesagt: „Sie bedeutet die Entspannung zwischen Frankreich und England. Diese Entspannung begann in der Reichstagskonferenz, sie ging weiter in der Debatte der französischen Kammer am 23. November, als die französischen Epier für die Entente cordiale von einer gewaltigen Mehrheit gutgeheißen wurden, und sie hat ein praktisches Ergebnis durch den Beschluß der Reparationskommission gefunden, indem England und Frankreich sich freundschaftlich über die Untersuchung der Hilfsmittel geeinigt haben.“ Damit muß verglichen werden, was Brabbury gestern den englischen Journalisten sagte. „Es ist übertrieben, die gestrige Entscheidung als endgültigen

Ausdruck der englischen oder französischen Auffassung anzusehen. Die Übereinkunft, die erzielt werden konnte, ist nur ein erster Schritt. Wir wollten die Hindernisse umgehen, da wir sie nicht beseitigen konnten.“ Brabbury hofft, daß zu beiden Ausschüssen auch Vertreter der Vereinigten Staaten geschickt werden. Der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission, Logan, hat jede Klärung über diese Frage abgelehnt.

Ein englisches Urteil über die deutschen „Rüstungen“.

„Eine vollkommene Entwaffnung, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 1. Dezember.

Der Berliner Vertreter des „Daily Express“ hat an Ort und Stelle über den wahren Stand der angeblichen deutschen „Rüstungen“ Aufzeichnungen gemacht, da diese Frage durch das unumgängliche Reuter-Communiqué aktuell geworden ist. Der Korrespondent hat sich mit einem der Kontrolloffiziere in Verbindung gesetzt, der unlängst einige deutsche Waffenfabriken besuchte. Dieser Offizier, berichtet der Korrespondent, habe ihm die Gründe auseinandergesetzt, weshalb Deutschland in militärischer Beziehung vollkommen hilflos sei, und habe das durch eine Liste von phantastischer Länge bekräftigt, in der die Zerstörungsmassnahmen Punkt für Punkt aufgeführt sind. Die Zerstörung von Gewehrmunition zähle nicht nach Millionen, sondern nach Hunderten von Millionen, während die Vernichtung von Feldgeschützen und Haubitzen nach Hunderten zähle. Alle militärischen Ausrüstungsgegenstände, wie Geschütze, Fernsprechanlagen usw., seien den Alliierten ausgehändigt worden. Das ganze mache eine Zahl aus, für die es in der Geschichte kein Beispiel gebe. Für ein zusammengebrochenes Land sei es vollständig unmöglich, auch nur den tausendsten Teil dieses Verlustes zu ersetzen. Als die Entwaffnungsarbeiten nach der Besetzung des Ruhrgebietes eingestellt worden seien, seien sie so gut wie vollkommen gewesen. Daß die Entwaffnung so rasch und gründlich durchgeführt werden konnte, habe seine Gründe darin, daß die deutschen Unternehmen und Arbeiter im eigenen Interesse jeden Nerv anstregten, um die Kriegsfabriken in Friedensfabriken zu verwandeln. Der Offizier, so erklärt der Korrespondent weiter, habe ihn besonders auf zwei schwache Punkte der deutschen Kriegsrüstungen hingewiesen. Zunächst habe Deutschland keine schwere und auch nur geringe leichte Artillerie. Dies seien Waffen, die man unmöglich verbergen könne; außerdem beste die Herstellung von Pulver und Sprengstoffen große industrielle Einrichtungen voraus, so daß Deutschland in dieser Hinsicht auf Jahre hinaus gelähmt sei. Was das Verbergen von Waffen anbelange, so seien die Gewehre so zerstückt worden, wie man sie von der sechsten Erde genau so zerstückt würden, wie es durch Ingenieure gefehenen könnte. Gewiss habe Deutschland Waffen verstreut, aber jedes Volk, das über schwere Artillerie und Flugzeuge verfüge, könne unbehindert durch eine Armee von 10 Millionen Deutschen marschieren, die keine Kanonen und Flugzeuge hätten. Die einzige Möglichkeit, daß Deutschland sich im geheimen für einen Krieg rüste, liege in der Herstellung von giftigen Gasen (?). Es sei möglich, daß Deutschland hierzu getrieben werde, wenn ihm jedes andere Verteidigungsmittel fehle.

Wie nunmehr endgültig feststeht, sind für die bevorstehenden Wahlen 1395 Kandidaten aufgestellt worden. Davon sind 443 Kandidaten der Vereinigten Liberalen, 590 solche der Unionisten und 420 Kandidaten der Arbeiterpartei. Unter den Kandidaten befinden sich, wie bereits kurz gemeldet, 34 weibliche, darunter sieben Anhängerinnen der Unionisten, 12 der Liberalen, 13 der Arbeiterpartei und 2 der Kooperative bzw. der Unabhängigen Partei. Die Parteien in dem jetzt aufgelassenen Parlament wiesen folgende Stärke auf: Unionisten 355, Arbeiterpartei 144, Asquith-Liberale 66, Lloyd-George-Liberale 51, nordfranzösische Unionisten 11, Unabhängige 7, Kommunisten ein Mitglied.

vorliegen. In der Verordnung soll die Arbeitszeit der Beamten einschließlich der Pausen auf zehn Stunden täglich festgesetzt werden.

Paris, 1. Dezember.

Die Urteile der französischen Presse über die neue Regierung in Deutschland sind ziemlich gleichlautend: Nur das Urteil ist verändert. Die Mischung ist gleichgeblieben. Die neue Regierung bedeutet keine Gefahr für den republikanischen Gedanken, und das ist gut; aber weniger gut ist es, daß dieser neuen Regierung voraussichtlich jedenfalls keine lange Dauer beschieden sein wird. Es wird als wesentlich bezeichnet, daß der neue Kanzler, Dr. Marx, ein Rheinländer, ein Katholik und ein bürgerlicher Politiker ist. Als Rheinländer wird er jeden Separatismus ablehnen und vor den Augen der Welt das Prinzip der Reichseinheit verkörpern. Als Katholik wird er der Annäherung an Bayern nügen. Als ein Mann des Bürgertums steht er in der Mitte zwischen den Extremen der Rechten und der Linken. Persönlich scheint Dr. Marx bei den Vertretern der ausländischen Presse Sympathien zu besitzen. Er wird lokal, bescheiden, vorständig und klug genannt. Aber die Aufgaben, die ihn erwarten, sind so gewaltig, daß sie für die Kraft eines Mannes zu groß sind. Deshalb wird es für richtig gehalten, daß Dr. Stresemann als Außenminister der Regierung erhalten bleibt.

Rheinlandprojekte.

Der Stand der Rheinlandsfrage. — Der freundlich-uzugängliche Herr Tirard. — Rheinland, Preußen, Reich. — Die Verhandlungen des Fünfzähnerausschusses. — Der 56er Ausschuss.

Von Paul Steinborn.

Auf Grund einer Rede, die der Abgeordnete Erkelenz dieser Tage in Eberfeld gehalten hat, und über die vom Wolffschen Bureau ein nach der Erklärung des Abg. Erkelenz unzutreffender Bericht verbreitet wurde, ist in der Öffentlichkeit Deutschland, und leider erst recht im Ausland, vielfach der Eindruck hervorgerufen worden, als ob eine Entscheidung in der Rheinlandsfrage unmittelbar bevorstehe. Tatsächlich sind nun aber zurzeit nicht nur die Verhandlungen in Koblenz mit dem französischen Oberkommis-sar, sondern auch die in Berlin mit der Reichs- und preussischen Regierung suspendiert. In Koblenz hat sich Herr Tirard von den deutschen Unterhändlern verabschiedet, indem er höflich lächelnd versichert, es habe ihn außerordentlich interessiert, die Auffassung auf deutscher Seite zu lernen, und „seine Tür stehe jederzeit offen“. In Zeitpunk für die nächste Zusammenkunft ist aber nicht abetamt worden. In Berlin sind die Besprechungen der Regierungskreise zum Stillstand gekommen, wozu werden bestenfalls erst im Laufe der kommenden Woche wieder aufgenommen werden. Ein weiterer Beweis ist, daß die Dinge noch längst nicht vor dem Abschluß sind, ist schließlich darin zu erblicken, daß die preussische Regierung bei Gelegenheit der bevorstehenden Vorbereitung einer sozialdemokratischen Anfrage Gelegenheit nehmen wird, sich erneut und eingehend über ihren Standpunkt zu äußern.

Vielleicht darf man aber sagen, daß die preussische Regierung gut getan hätte, wenn sie im Verlauf der letzten Wochen, in denen öffentlich und leider mehrfach insgeheim, sehr viel und ungemein schädlich agiert worden ist, sich wieder einmal zu dieser Schwärze aller deutschen Aufwandsfragen klärend geäußert haben würde. Ferner hätte es ein weiteres Zeichen in dem großen Schuldloos, wenn die Urheber der letzten Regierungskrise im Reich sich vor eröffneten, daß auch die Reichsregierung verhandelt wurde, sich mit der notwendigen Kontinuität der Dinge zu widmen. Nicht zuletzt darauf ist es denn auch zurückzuführen, wenn ganz allgemein, besonders aber auch im Rheinland selbst, Unsicherheit entstand, und wenn, vor allem durch die Redaktionen über die Verhandlungen des Fünfzähner-ausschusses, ein sehr maßgebendes Moment ganz in den Hintergrund und fast in Vergessenheit geriet: der Standpunkt Preußens und des Reiches. Dieser Standpunkt ist aber heute wie gestern der, daß die preussische Regierung und die Reichsregierung mit Entscheidung jedes Projektes ablehnen, das eine Änderung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Rheinlande zum Reich zum Ausgangspunkt und Ziel hat.

Diese Tatsache muß man aber so eher bei einem Urteil über den heutigen Stand der Rheinlandsfrage heranziehen, als die Verhandlungen mit Herrn Tirard bisher so gut wie gar kein Ergebnis gehabt haben. Der französische Oberkommis-sar hat alles abgelehnt, was auf eine Lösung im Rahmen des Reiches hinausläuft. Seine Haltung war in jeder Beziehung darauf zugeschnitten, alle diejenigen zu enttäuschen, die auf irgendwelche Zugeständnisse von französischer Seite gerechnet hatten. Herr Tirard war in jeder Phase der Verhandlungen nichts als der getreue Diener seines Herrn Poincaré, Behebung der Ernährungslosigkeit? „Dauerhaft in der Tat! Aber — ein Adjektiv — allein die Folge des von der Reichsregierung befohlenen passiven Widerstandes!“ — Räumung im Hinblick auf eine beiderseits tragbare Lösung? „Nun, man könnte daran denken! Vielleicht, daß eine oder zwei von den acht Divisionen der Besatzungs-armee abtransportiert werden könnte. Aber der Zeitpunkt dafür muß selbstverständlich vorbehalten bleiben!“ — Verminderte Heranziehung der selbständig gewordenen Rheinlande zu den Reparationskosten? „Sehr wohl, mein Herr, ... man weiß aber in der ganzen Welt, daß die Rheinlande der zahlungskraftigste Teil des Reiches sind. Wie wird Frankreich darauf rechnen, daß sie sich für die ihnen gewährte Freiheit im Gegenteile erkenntlich zeigen!“ Dies, an die Hauptpunkte zurückgekehrt, der imaginäre, aber dem Sinn nach nur allzu getreue Inhalt der „Verhandlungen“ mit Herrn Tirard. Mit Bezug auf das mit dem Abgeordneten Moldenhauer besprochene Projekt hat der französische Oberkommis-sar schließlich zwar gesagt, gewiss, auch er denke an einen Meinungsstaat im Rahmen des Reiches, aber ... sie generis! Die Eigenart stellte sich jedoch im Kopie des Herrn Tirard wirklich sehr eigenartig dar. Es erschien ihm einfach selbstverständlich, daß der neue Staat dem Reich und dem Ausland gegenüber absolut selbständig auftreten und daher das jus delegations haben müsse, desgleichen natürlich eigene Finanzhoheit, eigene Steuergerichte, ja sogar militärisch sollte nach französischer Ansicht die Selbständigkeit irgendwem zum Ausdruck kommen, wenn auch andererseits wiederum eine internationale Garantie merie für die Sicherheit Frankreichs ohne weiteres für notwendig erachtet wurde.

Man sieht also in der Tat, daß Herr Tirard und seine Regierung nicht entfernt daran denken, für die eventuelle Durchsetzung ihrer Wünsche auch nur die geringste Gegenleistung zu bieten. Unter dem Druck dieser Tatsache haben die Verhandlungen des Fünfzähnerausschusses von Anfang bis heute gestanden. Neuerdings ist man nun auf deutscher Seite, unter der Vorstellung, daß die Dinge irgendwie vorangebracht

Die erste Kabinettsitzung.

Ein neuer Presseschef.

Das neugebildete Reichskabinett trat heute vormittag 11 Uhr zum erstenmal zusammen.

Der Staatssekretär der Reichsfinanzleihe, Mitglied der Deutschen Volkspartei, wird auch unter dem Zentrumskanzler sein Amt weiterführen. Dagegen wird ein Wechsel in der Leitung der Reichspoststelle eintreten. Reichskanzler Dr. Marx hat den Posten eines Chefs der Reichspoststelle dem Verlagsdirektor der „Germania“, Regierungsrat A. Dr. Dr. Spieder, angeboten. Wahrscheinlich wird dieser dem Aufseher folgen. Dieser war, wie bekannt, Major a. D. Kalle, der Bruder des vormaligen Reichspostsekretärs, an dieser Stelle tätig.

Weber die Neuordnung in der Leitung des Ministeriums für die besetzten Gebiete hören wir, daß die Beauftragung des Reichspostministers Goele mit der Wahrnehmung der Geschäfte voraussichtlich nur eine vorläufige ist. Die Annahme, daß eine Neuorganisation dieses Ministerpostens nicht beabsichtigt sei, dürfte also kaum zutreffen. Entscheidungen sind aber nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten.

Der Reichsminister des Innern wird wie wir erfahren, schnellstens eine Verordnung vorbereiten und dem Kabinett zur Beschlußfassung